

#dieschmidt

der newsletter

29.06.2018
Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Machtspiele von CSU und CDU schaden unserem Land und Europa. Unsere Position als SPD ist weiterhin: wer Schutz braucht, bekommt ihn auch. Wer keinen Schutz braucht, wird schnell zurückgeführt. Dazu gibt es mit dem beschleunigten Asylverfahren bereits eine Regelung, die schnell für Klarheit sorgt und den freien Grenzverkehr nicht gefährdet. Der Machtkampf in der Union nimmt derzeit unser ganzes Land in Geiselhaft. Die Union legt mit ihren internen Streitigkeiten die Regierungsarbeit lahm und blockiert wichtige Vorhaben, die wir im Koalitionsvertrag gemeinsam vereinbart haben. Unsere Ministerinnen und Minister haben in den ersten 100 Tagen bereits viel vorangebracht: von der Musterfeststellungsklage, dem sozialen Arbeitsmarkt bis hin zur Brückenteilzeit. Mit dem Familienentlastungsgesetz und den damit verbundenen Erhöhungen des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages - von Olaf Scholz haben wir weitere wichtige Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung von Familien auf den Weg gebracht. Die Unionsparteien müssen ihren Streit auf Kosten des Landes endlich beenden und zur Sacharbeit zurückkehren. Wir stehen zum Koalitionsvertrag, zur Regierungsverantwortung und vor allem dafür konstruktiv und konkret für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zu arbeiten.

Der Koalitionsausschuss am Dienstag ist in der eigentlichen Frage, der Frage, ob die CSU noch bereit ist Verantwortung für unser Land in Europa zu übernehmen ergebnislos, auseinander gegangen. Positiv ist jedoch, dass wir eine Einigung über das Baukindergeld und weitere Maßnahmen zur Schaffung von zusätzlichem bezahlbarem Wohnraum erzielen konnten. Ein wichtiger Schritt für die Menschen in Deutschland.

Bedingt durch den ungelösten Konflikt werden wir unsere Haushaltswoche erst kommenden Dienstag und nicht schon am Montag starten. Über die Ergebnisse werde ich wie immer in meinem Newsletter am kommenden Freitag berichten, bevor der Deutsche Bundestag in die Sommerpause geht (eine Übersicht der Sitzungswochen im Herbst und im kommenden Jahr gibt es unter www.bundestag.de/sitzungskalender).

Neben dem Konflikt in der Union haben wir uns am Donnerstag im Bundestag mit der Arbeitsmarktpolitik befasst. In meiner Rede (hier als Video und Text) habe ich deutlich gemacht, dass unser Ziel ist, dass es am Ende Arbeitslosen und schon gar keine Arbeitslosen mehr gibt. Wir wollen unseren Sozialstaat so umbauen, dass er sich nicht an denen orientiert, die ihn missbrauchen könnten, sondern an denen, die ihn brauchen.

Zunächst freue ich mich darauf kommende Woche wieder Besuch aus der Heimat in Berlin begrüßen zu dürfen. Mit dabei sind dieses Mal viele politisch interessierte und engagierte junge Menschen. Ich wünsche ihnen eine gute Reise und bin gespannt, mit welchen Eindrücken sie in den Lahn-Dill Kreis zurückkehren.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Türkei

Demokratische Kräfte unterstützen



Mit den Wahlen in der Türkei am vergangenen Wochenende hat Präsident Erdogan seine Ein-Mann-Herrschaft weiter zementiert. Das ist eine schlechte Nachricht für alle, die sich eine pluralistische, freiheitliche und demokratische Türkei wünschen. Und es ist eine schlechte Nachricht für die Europäische Union, die in Erdogan einen unberechenbaren und schwierigen

Partner hat. Und dennoch ist es wichtig, dass wir den Gesprächsfaden aufrechterhalten und eine weitere Entfernung der Türkei von Europa verhindern. ...weiterlesen

Digitalisierung

Wichtige Zukunftsfragen angehen: Einsetzung von zwei Enquete-Kommissionen

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag zwei Enquete-Kommissionen im Bereich Digitalisierung eingesetzt. Enquete-Kommissionen werden eingesetzt, um komplexe Zukunftsfragen interfraktionell und gemeinsam mit externen Sachverständigen umfassend zu bearbeiten und damit politische Entscheidungen vorzubereiten. Jenseits des politischen Tagesgeschäftes geht es darum, juristische, ökonomische, soziale und ethische Aspekte abzuwägen und möglichen zukünftigen politischen Handlungsbedarf zu identifizieren. In dieser Legislaturperiode wollen wir uns der Bearbeitung von zwei zentralen Zukunftsfragen der Digitalisierung widmen: "Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt" und "Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale". ...weiterlesen

Pflegeberufe

Ausbildung attraktiver machen



Gestern hat der Bundestag die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe beraten und die Weichen für einen guten Start der neuen Pflegeausbildung gestellt. Durch die künftig generalisierte Ausbildung werden die Pflegeberufe modernisiert und attraktiver gemacht. Die bisher getrennt geregelten Ausbildungen in der Altenpflege und der Kranken-

und Kinderkrankenpflege werden zusammengeführt. Übergangsweise wird es im dritten Ausbildungsjahr eine Wahlmöglichkeit für eine spezialisierte Ausbildung in der Alten- und Kinderkrankenpflege geben. Mit der neuen Pflegeausbildung wird das Schulgeld endlich bundesweit abgeschafft und die Zahlung einer angemessenen Ausbildungsvergütung sichergestellt. Niemand muss sich mehr die Frage stellen, ob er oder sie sich eine solche Ausbildung leisten kann. Wir werten den gesamten Berufszweig auf. Das ist die richtige Antwort auf den Fachkräftemangel in der Pflege.

Mindestlohn

Erhöhung in zwei Stufen



Am Mittwoch hat die Mindestlohnkommission ihren Bericht vorgelegt und einstimmig vorgeschlagen, den Mindestlohn in zwei Stufen zum 01. Januar 2019 auf 9,19 Euro und ein Jahr später auf 9,35 Euro zu erhöhen. Mit den über 5 Prozent Zuwachs haben auch Beschäftigte mit niedrigen Löhnen teil an der guten Wirtschaftslage und Tarifentwicklung in Deutschland und

sind vor Dumpinglöhnen geschützt. Der Mindestlohn setzt eine klare Grenze nach unten. Doch es bleibt dabei: Mindestlohn heißt noch nicht guter Lohn. Langfristig ist das Ziel, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglichst flächendeckend von Tarifverträgen profitieren. Nur eine breite Tarifbindung sichert gute und faire Löhne für alle Beschäftigten. ...weiterlesen

Aus dem Wahlkreis

Von Handwerk und Kindertagespflege



Die vergangene Wahlkreiswoche stand im Zeichen des Handwerks. Am Mittwoch hatte mich die Handwerkskammer Wiesbaden zu ihrer arbeitsmarktpolitischen Gesprächsrunde des Handwerks Mittelhessen eingeladen. In diesem Rahmen diskutierte ich kontrovers mit Vertreterinnen und Vertretern des Handwerks, der Agenturen für Arbeit sowie der Jobcenter

aus dem mittelhessischen Raum über den Fachkräftemangel und die Möglichkeit Menschen in Arbeit zu bringen. ...weiterlesen